Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum 50 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belags- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Telegrammaufschrift: Wanderer Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

No. 275. Gleiwitz, Sonntag, den 27. November 1898. 71. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Das italienische Budget.

Am 1. Dezember vorigen Jahres entwickelte der italienische Finanzminister Luzzatti sein vielbesprochenes Expose über die Budgetaussichten vor dem Parlamente auf dem Monte Citorio und erfreute den gespannt lauschenden Volksvertretern die schönsten Perspektiven. Denn für das laufende Geschäftsjahr 1896/97 rechnete Luzzatti einen Ueberschuß von 34 Mill. Lire heraus: für 1897/98 sprach er einen solchen von 40½ Mill., und stellte für 1898/99 gar einen Einnahmeüberschuß von 44 Mill. in Aussicht. Doch mit der Eröffnung des Blicks in eine rosige Ferne glaubte der Schatzminister noch nicht genug gethan zu haben; er hatte auch bereits für 1899 ausgerechnet, für welche Zwecke er die Ueberschüsse alle verwenden wolle. Schon damals wurden jedoch nicht blos in Italien, sondern auch anderswo Stimmen laut, welche behaupteten, daß es ein Kunststück für einen gewiegten Finanzmann sei, auf dem Papier aus einem Minus ein Plus zu machen, daß aber in Wirklichkeit auch einmal Mephistopheles als Finanzminister das chronische Defizit des italienischen Budgets in einen Ueberschuß verwandeln könne. Die Skeptiker haben Recht behalten; denn noch ist kein Jahr verflossen und schon muß ein neuer Finanzminister, Bacchelli, dem Italienischen Parlamente die traurige Eröffnung machen, daß das Jahr 1897/98 statt eines Ueberschusses von 40½ Millionen eine Debitanz von 1 Million ergeben habe, das für 1898/99 eine solche von 14½ Mill., für 1899/1900 aber gar von 31½ Mill. zu erwarten. Dementsprechend traten in Bacchellis Finanzexpose natürlich auch an die Stelle phantastischer Zukunftspläne, wie man die Ueberschüsse zu verwerthen werde, recht nüchterne Darlegungen über die Mittel und Wege, wie man sich aus der finanziellen Klemme heraushelfen könne. So schnell ändern sich die Zeiten!

Was nun Bacchellis gestriges Finanzexpose vor der italienischen Deputirtenkammer betrifft, so meldet hierüber ein Telegramm aus Rom folgendes: Der Schatzminister hob das Aufblühen der Industrie und des Handels hervor, welche bei Verbesserungen der Steuergesetzgebung noch mehr prosperiren könnten. Es würden Summen eingeführt werden durch Maßnahmen, welche keine Verminderung der gegenwärtigen Steuereinnahmen mit sich brächten. Zur Durchführung dieser Umgestaltung werde es jedoch nöthig sein, mit der Herstellung des vollkommenen Gleichgewichts zwischen den thatsächlichen Einnahmen und Ausgaben zufrieden zu geben, ohne man zur Tilgung der Schulden und zum Bau von Eisenbahnen die vorhandenen Bestände verwende. Es werde jedenfalls nicht nöthig sein, für den Dienst des laufenden Jahres und der nächsten Jahre Anleihen aufzunehmen, da noch verfügbare Bestände vorhanden seien. Das Jahr 1897/98 habe mit einem Defizit von etwa einer Million abgeschlossen, trotz der durch die Unruhen im Mai verursachten Ausgaben und trotz des Ausfalls in den Getreidezöllen. Für das Jahr 1898/99 werde ein Defizit von rund 14½ Mill. und für das Jahr 1899/1900 ein solches von 31½ Millionen vorhanden, welche durch den Bau von Eisenbahnen und die Kapitalbewegung verursacht werden. Diese 46 Millionen Defizit dürfen gedeckt werden durch die Einnahmen aus den durch die Finanzmaßnahmen vom Jahre 1894 genehmigten Opperationen mit den tilgbaren Schulden, und durch einen Theil der Beträge, welche dem Staate aus dem Vermögen der verbotenen Religionsgesellschaften zufließen. Angesichts des Standes der schwebenden Schuld, welche auf 560 Millionen zu schätzen ist, werde es erforderlich sein, die Schatz-Bonds zu vermindern und die ordentlichen Vorschüsse an die Emissionsbanken zu beschränken, um dadurch auch den Papiergeld-Umlauf zu verringern, der eine der Ursachen der Erhöhung des Wechselkourses sei. Er werde die Umwandlung eines Theiles der Schatzbonds in 4½ pCt. Konsols in Vorschlag bringen. Wenn der Kursstand es erfordere, werde er auch Vorschläge machen, durch deren Verwirklichung die Bank von Italien in die Lage versetzt werden solle, ihre wirthschaftliche Aufgabe zu erfüllen und ihre Rolle als Regulirerin des Wechselkourses und Zinsfußes durchzuführen.

Des weiteren erklärte der Minister, man werde die Abschaffung des Octrois auf Brod und Mehl in Vorschlag bringen, indem man den Gemeinden dadurch entschädige, daß man die Beträge, welche von den anderen Oktroi-Einnahmen an den Staat abzuführen haben, um den gleichen Betrag verringere und sich ermächtige, hinsichtlich der Lokal-Abgaben neue Bestimmungen zur Durchführung zu bringen, oder ihnen gestatte, in beschränktem Maße die Accise auf Wein und Fleisch zu erhöhen. Da der Staat keinesfalls auf die gegenwärtigen Einnahmen verzichten könne, werde der Ausfall durch Abänderungen der Fabrikationssteuer, zum Theil durch die Wehrsteuer und durch Andersgestaltung der Umsatzsteuer zu decken sein. Weitere Gesetzentwürfe würden eingebracht werden behufs Abänderung der Steuer auf das Einkommen aus beweglichem Vermögen, behufs Revision der Besteuerung des Einkommens aus Gebäudebesitz und Rückerstattung der wegen Steuer-Rückstände dem Fiskus zugefallenen Grundstücke. Ferner sollen Gesetzentwürfe eingebracht werden, welche die Gründung von Getreide-Beleihungsbanken und landwirthschaftlichen Kassen, sowie die Urbarmachung von Oedland zum Gegenstande haben. Der Minister fuhr fort, er sei mit den Vorarbeiten für eine Einkommen-Ergänzungssteuer beschäftigt; dieselbe solle den Ausfall decken, der durch die Herabsetzung der Volksernährung am schwersten belastenden Steuern entstehen würde. Er glaube, daß durch die Vorschläge der Regierung der gegenwärtige Gesammtertrag der Steuern beibehalten würde. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so würde er nicht verfehlen, die erforderlichen Vorschläge zu machen, um die Integrität der Finanzlage und die Solidität des Budgets zu sichern, was er für seine erste Pflicht halte.

— In Italien wird man nicht wenig erstaunt sein, statt des erhofften Ueberschußbudgets ein Defizit in den Staatseinnahmen konstatiren, und statt der Steuererleichterungen sich auf Steuererhöhungen gefaßt machen zu müssen. Aber schließlich ist doch eine Finanzverwaltung besser, die die Verhältnisse darlegt, wie sie sind, als eine solche, die aus einem Minus ein Plus herausrechnet und so die klaffenden Risse im Finanzetat nach außen hin nothdürftig verkleistert, ohne sie jedoch im Innern ordentlich auszubessern.

Sozialpolitische Anträge im Reichstage.

Wie immer zu Beginn einer neuen Legislaturperiode, wird auch diesmal eine lange Reihe von Anträgen sozialpolitischer Natur von den verschiedenen Parteien angekündigt. Die „Soziale Praxis" schreibt hierzu: Verschiedene der Anträge sind alte Bekannte. Von freisinniger und sozialdemokratischer Seite sollen wieder Anträge auf Reform der Gewerbe-Inspektion gestellt werden. Diese soll unter entsprechender Vermehrung der Aufsichtsbeamten und Heranziehung weiblicher Assistenten und Vertreter der Arbeiter zur Reichssache gemacht und die Inspektion auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Daran sollen sich Anträge auf Einführung obligatorischer Gewerbegerichte und auf Einführung eines Reichsberggesetzes seitens der Sozialdemokraten schließen. Bei dem letzteren Antrage, der einem Beschlusse des letzten sozialdemokratischen Parteitages in Stuttgart entsprechen würde, dürfte es namentlich um die Heranziehung praktisch erprobter Bergarbeiter zur Gruben-Inspektion und die allgemeine Einführung der Achtstundenschicht sich handeln. Seitens des Centrums und der Freisinnigen sollen die Anträge auf Gewährung der Rechtsfähigkeit an eingeschriebene Berufsvereine erneuert, vom Centrum zugleich ein Antrag auf Einrichtung von Arbeitskammern gestellt werden. Bekanntlich hat sich die am 13. Oktober in Straßburg i. E. abgehaltene Generalversammlung des katholischen Verbandes „Arbeiterwohl" für Arbeiterkammern, die ihren Zusammenschluß in einem Reichsarbeitsamte finden sollen, ausgesprochen. Nachdem die Gesellen des Handwerks in den Gesellenausschüssen der Innungen und in den Handwerkerkammern vertreten sind, sollen sich die Arbeitskammern auf die Arbeiter und Unternehmer der Großindustrie, d. i. Fabriken mit mindestens 20 (10) Arbeitern beschränken. Nur soweit in einem Bezirke eine starke, geschlossene Hausindustrie vertreten sei, könne auch diese betheiligt werden. Es seien lokale (für größere Gemeinden bezw. Kreise) und Bezirkskammern für größere Bezirke (nach Vorbild der Handelskammern) zu bilden. Schon 1885 und 1890 sind von den Sozialdemokraten im Reichstage Anträge auf Einführung von Arbeitskammern, Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamtes gestellt worden.

Sozialdemokratischerseits ist abermals ein Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Personen geplant. In der Session 1896/97 veranlaßte dieser Antrag eine lange Debatte, in welcher sich aber die Regierung ausschwieg. Der Abgeordnete v. Kardorff verlangte bei dieser Gelegenheit „drakonische Strafen" für die Behinderung Arbeitswilliger. Die Debatte endete mit der Annahme eines Antrages des Centrums, Erhebungen darüber anzustellen, in welchen Gewerbebetrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet werde und überall, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliege, in Ausführung des § 120 e der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnung die Arbeit zu regeln. Die hierauf seitens der Gewerbe-Inspektoren veranstaltenden Erhebungen sind bekanntlich infolge der ungenügenden Auskünfte der Krankenkassen-Aerzte und Krankenkassen-Verwaltungen nur mangelhaft ausgefallen. Nationalliberalerseits soll, wie schon im letzten Reichstag, wieder ein Antrag auf Ausdehnung des gewerblichen Arbeitsschutzes auf die Hausindustrie eingebracht werden, hier würde besonders die Konfektionsindustrie in Betracht kommen. Nach dem Zeugniß der Fabrikeninspektoren hat sich die Bundesrathsverordnung vom 31. Mai v. J., durch welche die wesentlichen Schutzbestimmungen für Fabriken auf die Werkstätten der Konfektions-Industrie ausgedehnt worden sind, nicht bewährt, vielfach sogar zur Verdrängung der betreffenden Arbeiterinnen in die (ungeschützte) Hausindustrie geführt. Der von der Regierung außerdem vorgelegte Gesetzentwurf, welcher den Bundesrath ermächtigen wollte, Lohnzettel oder Lohnbücher vorzuschreiben, die Mitgabe von Arbeit nach Hause an die in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Personen zu verbieten, die Krankenversicherung auch auf die in der Hausindustrie Beschäftigten auszudehnen und die Arbeitgeber (Konfektionäre ꝛc.) zu entsprechenden Beiträgen zu verpflichten, ist leider unerledigt geblieben. Da inzwischen auch der deutsche Schneiderverband Erhebungen über die Folgen der erwähnten Bundesrathsverordnung durch Fragen veranstaltet hat und deren Ergebnisse dem Reichstage zugehen lassen will, so dürfte besonders die Frage des Konfektionsarbeiterschutzes im nächsten Reichstag wieder näher getreten werden. Da außerdem bereits eine Interpellation des dänischen Abgeordneten Johannsen über die Arbeiterausweisungen aus Nordschleswig angekündigt ist und Petitionen um Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes vorliegen, so dürfte auch die Wohnungsfrage und die Frage der Arbeiterausweisungen in Verbindung mit der Zulassung russisch-polnischer Arbeiter im Osten zur Sprache kommen.

Deutsches Reich.

Berlin, den 26. November 1898.

— Während der Anwesenheit des Kaisers in München ist durch directe Besprechung zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten über die Militärstrafprozeßordnung volle Verständigung erzielt worden, und der Prinzregent hat in die Errichtung eines bayerischen Senats mit dem Sitze in Berlin beim obersten Gerichtshofe eingewilligt, dagegen hat der Kaser Bayern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden, sowie der Mitglieder in diesem bayerischen Senat und des Militäranwalts an demselben eingeräumt.

— Bei ihrer gestern 6½ Uhr erfolgten Durchreise nach Baden-Baden wurden die Kaiserlichen Majestäten von dem König und der Königin von Württemberg am Bahnhofe erwartet und begrüßt. Die allerhöchsten Herrschaften nahmen zusammen den Thee. Um 7 Uhr erfolgte nach gegenseitiger herzlicher Verabschiedung die Weiterreise nach Baden-Baden.

— Aus Baden-Baden wird gemeldet: Der Kaiser sprach gestern Abend dem ins Schloß befohlenen Oberbürgermeister Dr. Gönner für den großartigen Empfang seinen herzlichsten Dank aus. Dabei überreichte der Oberbürgermeister der Kaiserin im Namen der Stadtgemeinde ein Maiblumenbouquet. Heute Vormittag besichtigten die Majestäten in Begleitung des Großherzogpaares das Kaiserin Augusta-Bad. Die Abreise des Kaiserpaares wird heute Abend 9½ Uhr erfolgen.

— Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß Fürst Bismarcks Denkwürdigkeiten in Paris morgen erscheinen, ist irrig, da vertragsmäßig die Ausgabe in sämmtlichen Sprachen an einem Tage, dem 29. d. Mts., erfolgt.

— Der Fernsprechverkehr zwischen Frankfurt a. M. und Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Verviers wurde heute eröffnet.

— Die Posener Ostbank für Handel und Gewerbe und die Ostdeutsche Bank in Königsberg haben beschlossen, in Bromberg unter der Firma „Bromberger Bank für Handel und Gewerbe ein Kreditinstitut zu errichten, welches die Bromberger Niederlassung der Ostdeutschen Bank in sich aufnimmt. Das Aktienkapital beträgt 2 Millionen Mark, welches von beiden konstituirenden Banken je zur Hälfte fest übernommen ist. Die Eröffnung findet am 2. Januar 1899 in Bromberg statt.

Darmstadt, 25. November. In Gegenwart des Großherzogs und der Großherzogin des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen als Vertreter des Kaisers, sowie der übrigen Fürstlichkeiten erfolgte heute die Enthüllung des Landesdenkmals für den Großherzog Ludwig IV. Bei der Enthüllungsfeier hielt die Festansprache Landespräsident Haas aus Offenbach. Das Hoch auf das Großherzogpaar brachte der Vorsitzende des Denkmalkomitees Isenburg-Büdingen aus. Der Schöpfer des Denkmals ist Professor Schaper-Berlin. Nach der Enthüllung fand ein Festzug statt, der aus mehr als 100 Gruppen bestand.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Novbr. Das Subkomitee für die Bank und Valutavorlage nahm nach längerer Debatte den Entwurf, betreffend die Verlängerung des Bankprivelegiums, sowie das Uebereinkommen, betreffend Errichtung neuer Filialen der Bank, und betreffend die bilanzmäßige Bewerthung der Immobilien und Fundus Instructus der Bank unverändet an.

Wien, 25. Nov. Beide Häuser des Reichsrathes versammelten sich heute zu außerordentlichen Sitzungen, das Abgeordnetenhaus um 11 Uhr, das Herrenhaus um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die Huldigungskundgebung anläßlich des bevorstehenden Jubiläumstages des Kaisers. Die Gallerien waren dicht gefüllt. In dem Abgeordnetenhause hielt der Präsident eine Ansprache, in welcher er auf die 50 Jahre der Regierung des Kaisers einen Rückblick warf. Redner führte aus: Was auch immer der Zeitenlauf im bunten Wechsel mit sich brachte, niemals habe der ritterliche Kaiser gewankt. Stets sei derselbe ein bewunderungswürdiges Beispiel unwandelbarer Pflichttreue, rückhaltloser Hingebung an sein Reich und seine Völker und wahrhaft heldenmüthiger Ausdauer in allen Wechselfällen des Lebens gewesen. Oesterreich verdanke seinem Kaiser diejenige kulturelle Entwickelung des öffentlichen Lebens, der Wissenschaften, Künste, Litteratur, sowie des Handels und der Gewerbe. Deshalb blickten die Völker Oesterreich-Ungarns mit Bewunderung und Liebe und mit inniger Verehrung auf ihren Jubelkaiser und legten ihm den Tribut ihres innigsten Dankes ehrfurchtsvoll zu Füßen. Der Präsident schloß alsdann mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser, in welches die zahlreiche Versammlung begeistert einstimmte. Hierauf wurde unter lebhaftem Beifall das Präsidium ermächtigt, dem Kaiser den Ausdruck der ergebensten Glück- und Segenswünsche des Hauses zu unterbreiten, und sodann die Sitzung geschlossen. — In der Festsitzung des Herrenhauses richtete der Präsident, Fürst Windischgrätz, eine Ansprache an das Haus, in welcher er hervorhob, alle Kreise der Bevölkerung empfinden die Bedeutung des Jubiläumstages und sagte, unser aller Herzensbedürfniß ist bei diesem Anlaß, dem Kaiser die Gefühle unwandelbarer Treue, Verehrung und Dankbarkeit auszudrücken. Der Redner hebt sodann die Fortschritte hervor, welche Oesterreich gemacht und schließt: „Fest steht und glänzend gekrönt mit Lorbeer treuer Pflichterfüllung und voll gerechter Begeisterung für den obersten Kriegsherrn unsere herrliche Armee. Mächtig und Achtung gebietend nach außen ist die Haltung des Reiches, in dessen weisem Herrscher die Welt den Hüter des Friedens verehrt. (Lebhafter Beifall.) Wir bitten zu Gott, daß er unseren Kaiser lange Jahre beschützen und erhalten möge." Das Haus stimmte in ein dreimaliges begeistertes Hoch auf den Kaiser ein und ermächtigt den Präsidenten die Glückwünsche des Hauses an den Stufen des Thrones niederzulegen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Budapest, 25. Nov. Im Abgeordnetenhaus brachte Hodossy im Namen der Nationalpartei den Beschlußantrag ein, das Haus wolle eine Adresse an den König richten. Die Adresse, welche auch zahlreiche Mitglieder der Unabhängigkeitspartei unterzeichnet haben, befaßt sich vornehmlich mit angeblichen Wahlmißbräuchen und spricht den Wunsch aus, der König möge das gegenwärtige Kabinet entfernen, da unter der Regierung desselben eine Gesundung der Verhältnisse nicht erfolgen könne. — Ministerpräsident Baron Banffy gab in der heutigen Konferenz der liberalen Partei die Erklärung ab, es sei leider zu besorgen, daß die Geduld der Partei auch noch in nächster Zeit durch Ausbrüche der Leidenschaft auf eine harte Probe gestellt werde. So begreiflich auch eine energische Abwehr seitens der Majorität wäre, so müsse er doch bitten, die bisherige würdevolle Ruhe zu bewahren. Das Vertrauen der Krone bleibe der Regierung unverändert erhalten. Er fühle sich nothgedrungen zur Hervorhebung dieser Thatsache neuerdings veranlaßt, da seitens der Opposition versucht worden sei, durch Behauptung des Gegentheils auf die Haltung der Regierungspartei einzuwirken und ihre Kraft zu erschüttern. Der Ministerpräsident schloß seine Kundgebung mit der Erklärung, die Regierung sei für jede Eventualität vorbereitet. Falls die Verhältnisse es fordern, werde die Regierung keine Maßregeln verabsäumen, um die schwebenden Fragen entsprechend den Interessen des Landes zu lösen. Zweifellos würden früher oder später energische Dispositionen erforderlich sein. Vor der Hand ersuchte der Redner die Partei, nur Ruhe zu bewahren und mit Vertrauen der Zukunft entgegenzusehen. Die Kundgebung wurde an vielen Stellen durch Beifall unterbrochen. Der Präsident der Partei, Pogmaniczky, erklärte Namens der Partei, daß diese die Darlegungen des Barons Banffy genehmigend zur Kenntniß nehme.